

Beschluss: Ja zu mehr Wohlstand – Nutzen wir die Energie der Krisenbewältigung für ein ambitioniertes Innovations- und Wachstumsprogramm

(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)

Deutschland erlebt aktuell durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Folgen eine historische Zäsur. Trotz großer Umbrüche und Inflation, Energiekrise und fragilen Lieferketten hat sich unsere Wirtschaft bislang als äußerst widerstandsfähig erwiesen. Die befürchtete tiefe Rezession mit all ihren Folgen ist ausgeblieben. Deutschland kann mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung vorsichtig aufatmen. Die Wirtschaftskraft ist inzwischen höher als vor der Corona-Pandemie. Auch das Konsumklima hat sich trotz Inflation verbessert. Das ist eine gute Nachricht und zeigt: Der **ambitionierte und entschlossene Einsatz zur Krisenbewältigung** ist erfolgreich. In der Bundesregierung haben wir Freie Demokraten drei Entlastungspakete mit auf den Weg gebracht und damit die Folgen der Krise spürbar gedämpft und größeren Schaden abgewendet.

Diese Energie, die Deutschland zur Krisenbewältigung aufgebracht hat, zeigt die Kraft und das Potential unseres Landes. Doch mit Blick nach vorne ist das **Fundament unseres Wohlstands nicht für alle Zeiten gesichert**. Nach einer jahrzehntelangen Periode des Wachstums verliert der Wirtschaftsstandort Deutschland zunehmend an Stärke und Attraktivität. Denn zu lange haben wir von der Substanz gelebt, ohne wirkliche Impulse für Wachstum und Fortschritt zu setzen. Die Folgen des russischen Angriffskriegs haben nun die Versäumnisse der Vergangenheit schonungslos offengelegt. Zusätzlich gefährden auch der zunehmende Fachkräftemangel sowie globale Risiken unsere Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft – und damit auch unser aller Chancen auf individuelles Vorankommen.

Die Auswirkungen sind für Menschen und Unternehmen auch schon heute spürbar: Reallöhne sinken und viele Unternehmen geraten unter Druck. Im Standort-Ranking des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist Deutschland um vier Ränge auf Platz 18 von 21 Industrieländern abgerutscht. Mit Spitzenstandorten wie den USA, Kanada oder Schweden kann Deutschland kaum noch mithalten. Das ist ein Alarmsignal und zeigt, dass uns Konzepte der Vergangenheit in einer veränderten Welt nicht weiterbringen. Insbesondere für die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs, unseren standorttreuen Mittelstand, wollen wir diese Probleme angehen.

Wir Freie Demokraten wollen das **Geschäftsmodell Deutschland erneuern** und unseren **Wirtschaftsstandort zukunftsfähig** machen: Mit neuen Konzepten auf der einen Seite und der Rückbesinnung auf unser Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft auf der anderen. Statt eines „Weiter so“ müssen wir das Fundament unseres Wohlstands neu legen. Mit mehr neuen Ideen, mehr Tempo, mehr Mut, mehr Freiräumen und mehr Unternehmergeist. Fortschritt muss wieder bei uns stattfinden. Mit **Innovation made in Germany** wollen wir Vorreiter bei Zukunftstechnologien werden und im globalen Rennen aufholen. Auch im

Systemwettbewerb mit autoritären Staaten können wir nur bestehen, wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sind.

Mit einer **Wachstumsagenda** wollen wir unser Land wieder auf den Wohlstandspfad führen. In der Bundesregierung haben wir Freie Demokraten bereits wichtige Weichen gestellt, um die Folgen der Krise abzufedern und Zukunftsimpulse zu setzen. Das Fundament dafür sind **solide Finanzen**. Wir Freie Demokraten haben mit großem Engagement erreicht, dass die Schuldenbremse in diesem Jahr wieder eingehalten wird. Die Zinswende und der daraus resultierende drastische Anstieg der Zinslast zeigen, wie wichtig dieser Einsatz war. Deutschland ist darüber hinaus bereits heute Hochsteuerland. Daher wird es mit uns Freien Demokraten keine Steuererhöhungen geben. Wir brauchen Entlastung statt Belastung, Investitionen statt Bürokratie, Wachstum statt Umverteilung, Marktwirtschaft statt Subventionen, Freihandel statt Protektionismus.

Zu lange wurde der Wohlstand in Deutschland nur verteilt, ohne zu fragen, wo er herkommt oder wie wir den Wohlstand der Menschen und der Gesellschaft mehren können. Und zu verbreitet sind „Degrowth“-Fantasien, obwohl „Degrowth“ die Menschen und den Staat arm machen würde. Wir Freie Demokraten dagegen sagen **Ja zu mehr Wohlstand**. Wachstum, Innovation und ein stabiles wirtschaftliches und finanzielles Fundament sind Voraussetzungen: für individuelles Vorankommen durch eigene Leistung, für staatliche Ausgaben von der Sicherheit über Sozialleistungen bis hin zum Klimaschutz, für individuelle Chancen und sichere Arbeitsplätze.

I. Innovation made (in) Germany – Deutschland muss wieder Weltmarktführer bei Innovationen und technologischem Fortschritt sein

Damit Deutschland wieder Weltmarktführer bei Innovationen und technologischem Fortschritt wird, muss Technologiefreiheit unser Grundprinzip sein. Der Raum für Innovationen sollte nicht durch politische Vorgaben unnötig verengt werden. Deshalb wollen wir **Technologiefreiheit und das Innovationsprinzip gesetzlich verankern**. Denn wir setzen auf Erfindergeist und den Wettbewerb der besten Ideen.

1. Kernfusion und Kernenergie der nächsten Generation fördern

Wir wollen die Kernfusion auf allen Ebenen fördern. Wir werden eine Freiheitszone (abgegrenzter Bereich mit einem höheren Freiheitsgrad im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen) für die Erforschung und Anwendung von Kernfusionsreaktoren einrichten. Ziel ist es, den passenden Regulierungsrahmen auszuloten, um künftig Kernfusionsreaktoren in Deutschland bauen und ans Netz bringen zu können. Wir werden für den Betrieb der Kernfusion in Deutschland einen geeigneten eigenen Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen, der den inhärent geringeren Risiken dieser Technik Rechnung trägt und die Anwendung der neuen Technologie ermöglicht. Dies gilt auch für die lasergestützte Kernfusion, in deren Komponenten wir aktuell die Technologieführerschaft haben. Darüber hinaus wollen wir das Potential neuer und sicherer Technologien der Kernspaltung

nutzen. Dazu gehören Small Modular Reactors (SMR) bzw. Flüssigsalzreaktoren. Forschung, Entwicklung und Transfer wollen wir weiter verbessern.

2. Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft vorantreiben

Wasserstoff ist als Energieträger zentral, wenn es darum geht, eine klimaneutrale Energieversorgung zu erreichen und uns gleichzeitig unabhängig von Energieimporten aus autoritären Staaten zu machen. Bei Transport und Lagerung des Wasserstoffs spricht viel für eine Bindung in Kohlenwasserstoffen. Eine klimatisch korrekte Bewertung hat die CO₂-Gesamtbilanz in den Blick zu nehmen, nicht nur das Abgas. Wir setzen auch auf Wasserstoffpartnerschaften, um den Ausbau von Lieferketten zu fördern. Sie eröffnen gleichzeitig Chancen für den Export von Wasserstoff-Spitzen-technologien made in Germany. Wichtige Partner sind Länder wie Australien oder Namibia.

Um zu einem Wasserstoffland zu werden, braucht Deutschland jetzt den Aus- und Aufbau von Importstrukturen für Wasserstoff, der nicht von Anfang an, aber perspektivisch grüner Wasserstoff sein muss. Für die Industrie in Deutschland müssen alle regulatorischen Bedingungen so gesetzt werden, dass sie Anreize haben, auf Wasserstoff umzustellen, auch wenn es nicht von Anfang an grüner Wasserstoff ist.

3. Mit E-Fuels das Klima schützen

Mit der bevorstehenden Einführung eines Europäischen Emissionshandels für Verkehr und Wärme (ETS 2) hat die Politik ein klares Ziel zur Reduktion der Treibhausgase im Verkehrssektor bestimmt. Weil dies ein effizientes und nachgewiesenermaßen das erfolgreichste Instrument zum Klimaschutz ist, wollen wir eine schnellstmögliche Integration von ETS 1 und ETS 2 erreichen sowie auch national einen echten Zertifikatehandel in den Wirtschaftsbereichen Verkehr, Gebäude und Gewerbe schnellstmöglich einführen. Nun ist es an den Unternehmen, die besten Lösungen für schnelle und kostengünstige Klimaneutralität zu finden. E-Fuels sind eine Chance für einen klimaneutralen Verkehrssektor. Auch nach 2035 werden in Europa und weltweit Millionen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor unterwegs sein. Klimaneutral erzeugte synthetische Kraftstoffe haben das Potential, einen effektiven Beitrag zur globalen Emissionsreduzierung zu leisten. Wir haben uns in der Europäischen Union (EU) erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Politik dieses Potential nicht vorschnell mit einem Technologieverbot belegt. Stattdessen müssen im Sinne der Technologieoffenheit auch in Zukunft Pkw mit Verbrennungsmotor, die mit klimaneutralen E-Fuels betrieben werden, europaweit neu zugelassen werden können. Damit ermöglichen wir die Weiterentwicklung der deutschen Motorentechnologie und fördern Forschung und Entwicklung bei klimaneutralen Kraftstoffen. Bereits heute bieten E-Fuels für den Fahrzeugbestand das größte Potential zur CO₂-Reduzierung. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für einen Markthochlauf der E-Fuels geschaffen werden. Der Hochlauf der Produktion und Nutzung muss daher bereits kurzfristig angereizt werden. So müssen die rechtlichen und administrativen Regelungen, die aktuell einer Ausweitung der Nutzung entgegenstehen, beseitigt werden. Außerdem muss die Bundesregierung eine Roadmap für den Hochlauf der E-Fuels vorlegen. Das Ziel muss sein, dass spätestens 2045 nur noch CO₂-neutrale Kraftstoffe verkauft

werden. Hierzu muss eine Strategie entwickelt werden, die der Wirtschaft Planungs- und Investitionssicherheit gibt.

Da die Produktion von E-Fuels auf große Mengen an erneuerbarem Strom angewiesen ist, kann Deutschland zwar bei der Technologie Weltmarktführer werden, nicht aber bei der Produktion. Da sich E-Fuels aber genau wie ihre fossilen Pendanten gut speichern und transportieren lassen, können sie in Ländern produziert werden, die über viel Erneuerbare Energie verfügen. Die Bundesregierung muss durch entsprechende E-Fuels-Partnerschaften einen Hochlauf der Produktion in diesen Ländern unterstützen. Im Wege der Entwicklungszusammenarbeit können E-Fuels-Projekte gefördert werden, die mittelfristig die wirtschaftliche Basis für Entwicklungsländer, zum Beispiel in Afrika, deutlich heben könnten. Zudem wird die Energieversorgung und -Infrastruktur in diesen Ländern gestärkt. Nicht zuletzt ist der E-Fuels-Hochlauf in Europa eine Investition in den globalen Klimaschutz. In weiten Teilen der Welt - Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika - wird auf absehbare Zeit kein Umstieg des Pkw- bzw. Lkw-Verkehrs auf rein elektrische Antriebe möglich sein. Die Dekarbonisierung des Flugverkehrs kann zudem nur mit E-Fuels gelingen.

4. CCS und CCU - Wegbereiter für eine klimaneutrale Industrie und Negativemissionen

Die Klimaziele, insbesondere das 1,5 Grad Ziel, stehen und fallen mit dem Einsatz von Negativemissionstechnologien und der Speicherung von CO₂ (CCS) im großen Maßstab. Der 2022 erschienene 6. Sachstandsbericht des IPCC bestätigt dies abermals. Einerseits dürfen technisch schwer vermeidbare Emissionen zukünftig nicht mehr das Klima belasten, andererseits muss es perspektivisch gelingen, der Atmosphäre CO₂ wieder zu entziehen, um das Klima zu stabilisieren. Deshalb müssen wir eine CO₂-Kreislaufwirtschaft mit einer negativen Nettobilanz aufbauen. Dafür brauchen wir ein eigenständiges europäisches Ziel für Negativemissionstechnologien mit CCS, um eine schnellere Marktreife von Verfahren zur Abscheidung, des Transports und der Speicherung von CO₂-Emissionen. Die notwendigen Technologien und Märkte dafür müssen wir jetzt auf den Weg bringen. Dazu dienen auch die Integration von Negativemissionstechnologien in den EU-Emissionshandel als finanzieller Investitionsanreiz, ohne Möglichkeit, das strikte CO₂-Limit zu umgehen. Zudem müssen wir internationale Kooperationen eingehen, um Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Erkundung und Marktentwicklung ihrer CO₂-Speicherpotentiale zu unterstützen. Auch in einer klimaneutralen Wirtschaft wird Kohlenstoff für vielfältige Anwendungen als Rohstoff benötigt. Daher muss es gelingen, den vorhandenen Kohlenstoff immer wieder neu zu verwenden. Bereits heute sollte daher die Markteinführung von Techniken zur Kohlenstoffkreislaufführung und rohstofflichen Kohlenstoffgewinnung aus der Atmosphäre (CCU) gefördert werden. In Deutschland ist CCS jedoch aufgrund der Restriktionen des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (CCS-Gesetz) faktisch verboten. Auch für den Export von CO₂ in Länder wie Norwegen, die offensiv um das CO₂ aus anderen europäischen Ländern werben, um es tief unter der Nordsee dauerhaft sicher zu speichern, fehlen die rechtlichen Rahmenbedingungen. Um

echte Technologieoffenheit mit Klimaschutz zu verbinden, müssen wir so bald wie möglich das restriktive Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG) durch ein an die Erfordernisse einer CO₂-Kreislaufwirtschaft angepasstes Kohlendioxidkreislaufwirtschafts- und -speicherungsgesetz (KoKSG), mit dem die sichere kommerzielle Anwendung verlässlich geregelt wird, ersetzen. Zudem muss die Ergänzung zu Artikel 6 des London-Protokoll zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzung deutscher CO₂-Exporte schnellstmöglich ratifiziert werden. Um echte wirtschaftliche Fortschritte auch in der Nutzung von CO₂ zu erzielen, müssen wir die Entwicklung von CO₂-Infrastrukturen durch einen intensiven Dialogprozess mit allen beteiligten Akteuren der Wirtschaft und Zivilgesellschaft forcieren. Wir brauchen zudem eine Langfriststrategie, die die Förderung konkreter Projekte auf nationaler und europäischer Ebene und den CO₂-Transport in der gesamten Infrastrukturplanung in den Blick nimmt.

5. Gentechnik nicht länger ausbremsen

Die Gentechnik in all ihren Formen bietet enorme Chancen für Mensch und Umwelt: Die wachsende Weltbevölkerung und der Klimawandel bringen Herausforderungen für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung mit sich. Mithilfe neuer Züchtungstechnologien kann jedoch die Resilienz von Pflanzen gegen Wetterextreme und Schädlingsbefall gesteigert werden. Damit sind Ertragssteigerungen zur Ernährung der Weltbevölkerung möglich. Mithilfe von Mikroorganismen kann Kuhmilch ohne eine einzige Kuh produziert werden. Auch in der Medizin bietet der Einsatz von Gentechnik Chancen. Die CRISPR-Cas-Genschere kann beispielsweise ganze Zellen ausschalten und dadurch Fortschritte bei der Krebstherapie und in Bezug auf seltene Erkrankungen ermöglichen. Hinzu kommen Potentiale bei Abfallvermeidung und -Recycling oder in der Industrie. Die derzeitige Gesetzgebung in Deutschland und der Europäischen Union hemmt die Erforschung und den Einsatz dieser Technologie jedoch zu stark. Dadurch laufen wir Gefahr, dass uns großartige Fortschritte entgehen und wir technologisch erneut von anderen Ländern abgehängt werden. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, das Gentechnikrecht grundsätzlich technologieoffen zu überarbeiten und an den Stand der Wissenschaft anzupassen. Auf keinen Fall darf Deutschland zudem bestehendes EU-Recht auf nationaler Ebene auch noch weiter verschärfen oder restriktiv auslegen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Gentherapien bessere Rahmenbedingungen beim Zugang zur Gesundheitsversorgung bekommen.

6. KI-Regulierung innovationsfreundlich gestalten

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine digitale Schlüsseltechnologie. Deutschland darf sich bei der Weiterentwicklung und Nutzung von KI-Technologien nicht von anderen Ländern abhängen lassen. Dazu müssen wir die Attraktivität des KI-Standorts Deutschland im Wettbewerb um die klügsten Köpfe stärken. In diesem Geist machen wir uns auch in der EU systematisch für eine innovationsfreundliche KI-Verordnung stark. Die KI-Regulierung darf keine prohibitive Wirkung entfalten, sondern muss so ausgestaltet sein, dass sich der Markt für KI-Lösungen auf der Grundlage unserer Wertvorstellungen entwickelt. Wir engagieren uns gegen ein Verbot generativer KI wie ChatGPT. Stattdessen wollen wir im europäischen KI-Gesetz (AI Act) einige Grundregeln zur Qualitätssicherung und

Sorgfalt für Anbieter dieser KI-Systeme und für den fairen Umgang mit den professionellen Anwendern dieser Systeme festschreiben. Der Schutz personenbezogener Daten und die Achtung der Bürgerrechte sind Errungenschaften, die wir im Wettbewerb mit autoritären Staaten als Vorteil nutzen und mit denen wir weltweit Standards auf dieser Basis setzen müssen. Den Einsatz von KI zu Überwachungszwecken oder für Social Scoring lehnen wir entschieden ab. Deshalb setzen wir uns auch konkret für ein Verbot der biometrischen Überwachung im öffentlichen Raum ein.

7. New Space für Deutschland, die Welt und den Weltraum

Raumfahrt ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sie ist schon lange Treiber für technologische Entwicklung und Innovation. Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht mit Anwendungen aus dem Weltall in Berührung kommen. Wer heute eine Wetter-App öffnet, nutzt damit aktiv Raumfahrtanwendungen. Gerade beim Klimawandel ist die Datenlage über Satellitentechnologie nicht wegzudenken. Während Raumfahrt Mitte des 20. Jahrhunderts noch staatlich orchestriert wurde, wird das Weltall mittlerweile zunehmend von privaten New-Space-Unternehmen befahren. Dass Deutschland eine Raumfahrtnation ist, zeigt nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart. Denn es befinden sich starke Raumfahrtunternehmen und New-Space-Unternehmen in Deutschland, insbesondere im Bereich der Microlauncher. Wir glauben, dass hier noch mehr möglich ist.

Wir wollen diese Schlüsseltechnologie Raumfahrttechnik noch weiter fördern. Hier ist noch viel möglich. Wir brauchen dafür auch rechtliche Anpassungen. Wir fordern daher ein Weltraumgesetz, das Haftungsgrenzen festlegt. International müssen wir uns für einen Weltraumvertrag 2.0 einsetzen, der Nutzungsrechte im Weltraum für alle fair klärt und gleichzeitig Punkte wie Weltraumschrott-Reduzierung beinhaltet. In der von der Bundesregierung aktuell neu zu entwickelten Weltraumstrategie werden wir diese Punkte unterbringen.

8. Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis stärken

Damit neue Erkenntnisse schneller in die Anwendung kommen, müssen wir den Transfer zwischen Wissenschaft, Forschung und Praxis stärken. Deshalb begrüßen wir, dass die Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) vorangetrieben wird. Diese soll als Innovationsagentur regionale Innovationsökosysteme durch Vernetzung und Beratung fördern. Denn insbesondere in kleinen und mittleren Universitäten sowie in Hochschulen für angewandte Wissenschaften entstehen vielversprechende Ideen, die wir schneller in die Anwendung bringen wollen.

Daneben soll das Gründen von Startups aus den deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen attraktiver werden. Für Lehrende soll ein solcher Schritt incentiviert werden. Die Strategie in der Absicherung der Forschungsergebnisse aus der deutschen Forschung soll stärker die Chancen einer Nutzung durch Startups oder Unternehmen ins Zentrum stellen als bisher.

9. Freiräume für innovative Ideen schaffen

Wir wollen zügig die im Koalitionsvertrag vereinbarten Experimentierräume schaffen, in denen innovative Technologien und Geschäftsmodelle unter realen

Bedingungen erprobt werden können.

II. Eine Zeitenwende in der Standortpolitik – Wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen und Ordnungspolitik für eine starke Wirtschaft

Wir Freie Demokraten fordern eine Zeitenwende für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dazu wollen wir die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft entfachen, Freiräume schaffen und die richtigen Weichen in die Zukunft stellen. Deutschland muss im globalen Wettbewerb wieder oben mitspielen, statt Weltspitze bei Steuern und Abgaben zu sein. Ein regelmäßiger Wettbewerbsfähigkeits-Check kann helfen, Stärken zu stärken und Schwächen frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen.

1. Solide Finanzen als Fundament für Wohlstand und Wachstum

Die Zinswende ist die Zeitenwende in der Finanzpolitik. Die Zeit der günstigen Staatsverschuldung ist vorbei. Schon jetzt schränkt die heutige Staatsverschuldung finanzielle Gestaltungsspielräume drastisch ein: Die Zinslast des Bundes hat sich von 4 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf rund 40 Milliarden Euro im Jahr 2023 verzehnfacht. Es zeigt sich, wie bedeutsam der Einsatz der FDP für die Einhaltung der Schuldenbremse war und ist: Ohne eine Rückbesinnung auf solides Haushalten würden Zinsrisiken immer weiter steigen. Die Inflation würde angeheizt, und zukünftigen Generationen würden große Lasten aufgebürdet. Die Einhaltung der Schuldenbremse bleibt deshalb unsere haushaltspolitische Richtschnur in der Regierungskoalition. Die FDP ist die einzige Partei, die konsequent für Stabilitätskultur und Verantwortung gegenüber kommenden Generationen steht. Darüber hinaus wollen wir mit der Einführung des Generationenkapitals einen wichtigen Beitrag für eine generationengerechte Rente leisten und zugleich für stabile Rentenbeiträge sorgen.

2. Wachstumspaket statt Steuererhöhungen

Mit den Freien Demokraten in der Bundesregierung hat es keine Steuererhöhungen gegeben. Das wird auch so bleiben. Denn die Steuereinnahmen sind im letzten Jahr um sieben Prozent gestiegen. Das zeigt: Deutschland hat kein Problem bei den Einnahmen. Deshalb muss im Hochsteuerland Deutschland zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts das Gegenteil von Steuererhöhungen Ziel bleiben – etwa durch die Absenkung der Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, was insbesondere für Personenunternehmen aus Handwerk und Mittelstand eine große Bedeutung hat. Wir Freie Demokraten setzen uns darüber hinaus für ein gezieltes Wachstumspaket ein: Mit verbesserten Bedingungen für Abschreibungen, steuerlichen Vereinfachungen und mehr Anreizen für Investitionen in den Fortschritt unseres Landes – vom Klimaschutz bis zur Digitalisierung. Außerdem sind gute Rahmenbedingungen für den Finanzsektor ein zentraler Baustein für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Nur mit einem starken Kapitalmarkt und einem leistungsfähigen Bankensektor können wir das private Kapital mobilisieren, das innovative Unternehmerinnen und Unternehmer für Investitionen in unsere Zukunft benötigen. Daher wollen wir die europäische Kapitalmarktunion vertiefen,

die Bankenunion ausbauen und durch klügere Regulierung Wachstumspotentiale heben – etwa bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung sowie bei der EU-Kleinanlegerstrategie.

Die Freien Demokraten sehen zwei Hauptaufgaben zur Gestaltung in der Steuerpolitik: die grundlegende Vereinfachung des Steuerrechts und die Reduzierung der Grenzbelastung für zusätzliches Einkommen.

Eine grundlegende Steuervereinfachung kann aufkommensneutral stattfinden - durch Anwendung erheblicher Pauschalierungen sowie Abschaffung bzw. Befristung zahlreicher überholter Sonderregelungen bei der Einkommen- und Umsatzsteuer.

Die Reduzierung der Grenzbelastung muss im Mittelpunkt aller Bemühungen zur Senkung von Steuern und Abgaben stehen. Indem wir die Belastung auf den nächsten verdienten Euro reduzieren, leisten wir nicht nur einen Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik, sondern vor allem auch gegen den Fachkräftemangel. Denn nur so wird es gelingen, Anreize zu setzen - bei Empfängern von Sozialleistungen Anreize zur Arbeitsaufnahme und bei Berufseinsteigern und allen anderen Anreize für ein Vorankommen durch eigene Leistung.

Die FDP hält dazu an dem Ziel fest, ein Steuer- und Sozialsystem aus einem Guss zu schaffen.

3. Energieversorgung der Zukunft

Für den schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien konnten bereits einige Hürden aus dem Weg geräumt werden. So kann die beschlossene Beschleunigung verwaltungsgerichtlicher Verfahren den Ausbauplänen neuen Schub geben. Wir wollen den Planungs- und Umsetzungsturbo aber auch etwa bei Energieleitungen und Energie-Speichern einlegen - und in die entsprechende Forschung investieren. Daher müssen etwa die von uns soeben über die europäische Notfall-Verordnung geschaffenen Möglichkeiten dauerhaft bleiben. Denn die Umstellung auf die klimaneutrale Energieversorgung kann nur gelingen, wenn die Energie ankommt, wo sie gebraucht wird, und wenn sie gespeichert werden kann für Zeiten, in denen Sonne und Wind nicht zur Verfügung stehen, und Wasserstoff aus Rest- bzw. Abfall-Biomasse über den thermochemische Verfahrensweg, diesen Speicher deutlich ergänzen kann. Zugleich wollen wir die Anstrengungen verstärken, Erneuerbare Energien im Wärmesektor voranzubringen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abzuschließen und den transeuropäischen Netzausbau zu beschleunigen. Die Verwirklichung eines europäischen Stromnetzes (der „europäischen Kupferplatte“) trägt zu einer klimaneutralen und sicheren Energieversorgung bei, weil Spitzen bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien europaweit genutzt werden können.

Den volatilen Strom aus Sonne und Wind wollen wir verstärkt durch die Erzeugung von Wasserstoff oder E-Fuels speicherbar und über weite Strecken transportierbar machen. Wasserstoff kann mittelfristig dann auch als Ersatz von Gas dienen – vor allem in der energieintensiven Industrie. Wir wollen die regulatorischen und planungsrechtlichen Hürden für die Wasserstoffproduktion, den Transport und die Verteilung soweit absenken, dass sich eine Wasserstoffwirtschaft diskriminierungsfrei entwickeln kann. Ob grün, türkis, blau, gelb oder rot:

Weder die „Farben“ der Herstellungswege noch die Herstellungsverfahren oder Primärenergie für Wasserstoff dürfen zu regulatorischen Beschränkungen führen. Über die Nutzung sollten allein Preis, Wirtschaftlichkeit und Klimaneutralität entscheiden. Wir fordern darüber hinaus die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion. Diese Wasserstoffunion muss für eine wärmegeführte Wasserstoffwirtschaft sorgen.

Weltweit setzen viele Staaten bei der Energieversorgung auch zukünftig auf Kernenergie und investieren in Forschung und Entwicklung der nächsten Reaktor-Generationen. Auch der Weltklimarat (IPCC) setzt zur Reduktion der CO₂-Emissionen auf eine verstärkte Nutzung der klimafreundlichen Kernkraft. Für die Zukunft muss Deutschland sich die Option der Kernenergie offenhalten. Wir schlagen die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission vor, die entsprechende Szenarien und Handlungsoptionen erarbeitet.

Um uns in der Energieversorgung unabhängiger zu machen, wollen wir unsere heimischen Erdgasvorkommen stärker nutzen. Deshalb wollen wir das von der großen Koalition 2016 beschlossene Verbot der Schiefergasförderung aufheben und die moderne Erdgasförderung dort zulassen, wo sie ökologisch verantwortbar und wirtschaftlich sinnvoll ist.

4. Bundesdigitalrepublik Deutschland

Wir wollen die Bundesdigitalrepublik Deutschland verwirklichen. Mit der Digitalstrategie schaffen wir endlich den digitalen Aufbruch für unser Land – und zwar in allen Bereichen. Die dafür notwendigen digitalen Netze bauen wir mit der Gigabitstrategie schneller und effizienter aus. Wir sorgen dafür, dass der digitale Staat endlich Realität wird. Behördengänge müssen für jeden bequem und unkompliziert vom Smartphone oder Tablet aus erledigt werden können. Mit i-Kfz ist es nun möglich, Autos vollständig digital zuzulassen und direkt loszufahren. Über ELSTER+ können Belege über das Smartphone digital an das Finanzamt übermittelt werden. Das Steuersystem muss digital werden – damit Bürgerinnen und Bürger ihre Steuerklärung endlich einfach und mobil erledigen können. Dafür braucht es benutzerfreundliche Applikationen, die den Bürgerinnen und Bürgern vorausgefüllte Steuerklärungen anbieten und Belege automatisch verarbeiten. Bei der 200-Euro-Einmalzahlung für Studierende sowie Fachschülerinnen und Fachschüler wurde gezeigt, wie datenschutzkonform und vollständig digitalisiert ohne Medienbrüche eine direkte Auszahlung einer staatlichen Leistung auf Konten von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern machbar ist. Darauf wollen wir aufbauen und solche Verfahren als den idealen Standard für die Zukunft anstreben. Mit dem Pakt für den digitalen Rechtsstaat beschleunigen wir zudem die Digitalisierung der Justiz. Dadurch werden Prozesse effizienter und die Justiz für Bürgerinnen und Bürger einfacher zugänglich. In der Digitalisierung kann Deutschland auch von Best Practices der baltischen Staaten profitieren, die besonders fortschrittlich sind. Der angekündigte Innovationsclub zwischen Deutschland, Estland, Lettland und Litauen kann auch für einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt in der EU wichtige Fortschrittsimpulse liefern.

5. Mehr Freiräume, weniger Bürokratie

Wachstum und Kreativität erfordern Freiräume. Noch immer behindern zu viele

bürokratische Hürden den Alltag von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen - besonders die kleinen und mittleren Betriebe unter ihnen aus Handwerk und Mittelstand. Daher haben wir in der Bundesregierung auf ein Belastungsmoratorium für Deutschland gedrängt. Wir wollen jedoch nicht nur neue Bürokratie verhindern: Wir brauchen einen mutigen und konsequenten Bürokratieabbau. Die 442 von Verbänden im Rahmen der Abfrage des Bundesministeriums der Justiz übermittelten Vorschläge sind dafür ein guter Ausgangspunkt. Hier muss vor allem die praxisnähere Ausgestaltung und substanzielle Vereinfachung aller Melde-, Informations- und Aufzeichnungspflichten ein wichtiger Schwerpunkt sein, um vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu entlasten. Zugleich fordern wir einen systematischen Praxischeck zur Überprüfung des bürokratischen Aufwands von Gesetzen. Bei der Umsetzung der europäischen Vorgaben zur Arbeitszeiterfassung ist im Interesse des Mittelstandes auf eine möglichst kostengünstige und bürokratiearme Lösung zu setzen. Bei der Arbeitszeiterfassung lehnen wir eine Gesetzesänderung hin zu einer allgemeinen, verpflichtenden, elektronischen Regelung ab. Wir stärken und unterstützen auch zukünftig betriebliche und einzelvertragliche Vereinbarungen, welche berufliche Einsatzwechseltätigkeiten sowie Vertrauensarbeitszeiten im Betrieb, im Homeoffice oder bei mobilem Arbeiten ohne großen bürokratischen Dokumentations- und Kontrollaufwand praxisnah ermöglichen. Auch das vierte Bürokratieentlastungsgesetz wollen wir schnellstmöglich auf den Weg bringen. Darüber hinaus kann auch eine moderne digitale Verwaltung ein echter Fortschrittsbeschleuniger sein. Daher sorgen wir mit einer sicheren, einfach nutzbaren digitalen Identität auf dem Smartphone (Smart-eID) für einfachere und effizientere digitale Behördengänge. Alle zentralen Verwaltungsdienstleistungen wollen wir schnellstmöglich digitalisieren.

6. Eine moderne Infrastruktur

Wir fordern mehr Tempo beim Ausbau der Infrastruktur. Denn sie ist das Fortschrittsfundament unsers Landes. Deutschland hat über Jahre vernachlässigt, Straßen, Schienen, Wasserstraßen und Radwege auszubauen oder zu erneuern. Dabei ist eine funktionierende Infrastruktur zentrale Voraussetzung für individuelle Mobilität und unseren Wirtschaftsstandort. Dass es uns nach Jahren des Stillstands gelungen ist, den Turbo bei der Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten zu zünden, ist ein großer Beitrag dazu: Straßen, Schienen und Energieinfrastruktur in ganz Deutschland können dank des Gesetzes zur Beschleunigung verwaltungsgerichtlicher Verfahren im Infrastrukturbereich nun schneller gebaut werden.

Für die FDP ist die Beschleunigung der Verwaltungsgerichtsverfahren aber nur der erste Schritt. Wir brauchen einen Planungs-Push: Die Planungsdauer bei allen Infrastrukturprojekten wollen wir mehr als halbieren. Die Planung und der Bau des LNG-Terminals in Wilhelmshaven müssen dabei die Richtgeschwindigkeit vorgeben. Es gilt, diese Geschwindigkeit auf den Ausbau aller Infrastrukturen zu übertragen – für die Energieinfrastruktur, für ein leistungsfähiges Schienennetz und selbstverständlich auch für Straßen. Denn gut ausgebaute Straßen sind entscheidend für zuverlässige Gütertransporte. Der Güterverkehr auf der Straße

wird in den nächsten Jahrzehnten weiter ansteigen, auch wenn das Schienennetz engagiert ausgebaut wird. Bereits jetzt sieht sich allerdings ein Großteil der Unternehmen durch Infrastrukturmängel in der Geschäftstätigkeit beeinträchtigt. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen daher für alle Verkehrsträger deutlich beschleunigt werden. Ebenso wichtig für einen modernen Standort ist eine flächendeckende, leistungsfähige digitale Infrastruktur. Daher treiben wir den Gigabitausbau ambitioniert voran, um bis 2030 eine lückenlose Vollversorgung mit Glasfaser und 5G zu erreichen.

7. CO₂-Bepreisung durch den Emissionshandel statt durch Steuern

Die Erfinder klimafreundlicher Technologien von heute sind die Exportweltmeister von morgen. Deshalb brauchen wir klare und verständliche Rahmenbedingungen für den Weg zur Klimaneutralität statt eines Wirrwarrs aus unterschiedlichen Steuern und Abgaben. Treibhausgasemissionen müssen limitiert und bepreist werden. Das beste Instrument dafür ist der Zertifikatehandel. Denn zum einen wird ein klares Ziel gesetzt und ein dichter Deckel für CO₂-Emissionen durch das Verbrennen von fossilen Rohstoffen eingeführt und zum anderen wird es dann den Menschen und dem Markt überlassen, wie dieses Ziel erreicht wird. Der Europäischen Emissionshandel in den Sektoren Energie und Industrie sowie im innereuropäischen Flugverkehr hat bereits den Beweis erbracht: Wir können uns beim Klimaschutz auf den Marktmechanismus verlassen. Die Anreize zur CO₂-Vermeidung waren sogar so hoch, dass die Unternehmen das vorgegebene Ziel trotz eines über lange Zeit niedrigen CO₂-Preises nicht nur erreicht, sondern weit übertroffen haben. Mit der Einführung des ETS 2 steht in der EU eine Ausweitung dieser Erfolgsgeschichte auf die Sektoren Wärme und Verkehr 2027 an. Wir wollen aber auch national vorangehen und die Bepreisung über das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) schnellstmöglich in einen echten Zertifikatehandel in den Wirtschaftsbereichen Verkehr, Gebäude und Gewerbe überführen. Dies ist bereits ab dem 1. Januar 2024 möglich. Damit erreichen wir unser Ziel einer CO₂-Bepreisung, die ausschließlich über den Emissionshandel erfolgt. Um einen übermäßig starken Anstieg des CO₂-Preises zu Beginn der Handelsphase zu verhindern, wollen wir die Flexibilitäten der EU-Klimaschutzverordnung nutzen. Dadurch können anfangs etwas mehr Zertifikate zur Verfügung stehen, ohne die Gesamtemissionen zu erhöhen. Später, wenn insbesondere für private Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Optionen zur CO₂-Vermeidung zur Verfügung stehen (z. B. Elektroautos und E-Fuels, Wärmepumpen und Wasserstoff), können die Emissionen dann entsprechend sinken. Die zusätzlichen Einnahmen aus dem Zertifikatehandel sollen in Form einer Klimadividende (im Koalitionsvertrag als „Klimageld“ vereinbart) gleichmäßig an die Menschen zurückgezahlt werden. Zusätzlich zur jetzigen CO₂-Bepreisung fallen in Deutschland auch die Energiesteuer und die Stromsteuer an. Diese Steuern knüpfen jedoch gar nicht an den CO₂-Ausstoß an. Die Stromsteuer gilt für Kohlestrom, aber auch für Strom aus Erneuerbaren Energien. Das ist ineffizient, bürokratisch und verzerrt den Wettbewerb zulasten des Klimas. Das BEHG, die Energiesteuer und die Stromsteuer können dann bei Ausweitung des EU-Emissionshandels aufkommensneutral abgeschafft werden. Eine Abschaffung dieser Steuern widerspricht dem gegenwärtigen EU-Recht. Deutschland muss sich daher dafür

einsetzen, dies zu ändern.

8. Deutschland als Fürsprecher des Freihandels

Deutschland ist eine Handels- und Exportnation. Keine andere Volkswirtschaft der G7 hat einen im Vergleich so hohen Außenhandelsanteil am Bruttoinlandsprodukt wie die Bundesrepublik. Das ist auch gut so, weil bereits heute 90 Prozent des weltweiten Wachstums außerhalb des EU-Binnenmarkts stattfindet. Die Globalisierung ist im 21. Jahrhundert angekommen und die Motoren dieser werden in Asien, Afrika und Lateinamerika sein. Unsere Arbeitsplätze, unser Wohlstand und die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft hängen von freiem und regelbasierten Welthandel ab. Wenn es uns gelingt, den Handel Europas mit der Welt zu diversifizieren und zu intensivieren, nimmt der Wohlstand zu, Klima und Umwelt werden wirksamer geschützt und die regelbasierte Friedensordnung wird gestärkt. In diesem Zusammenhang ist es auch dringend geboten, die multilaterale Rechtsordnung zu schützen und notwendige Reformmaßnahmen der WTO gemeinsam mit den USA und Japan, aber auch mit den Schwellen- und Entwicklungsländern anzugehen. Der Abbau von Handelshemmnissen, die Harmonisierung von Standards und Regelungen und der Abbau von Subventionen weltweit kann nur multilateral gelingen. Dies ist die Voraussetzung für faire Wettbewerbs- und Investitionsbedingungen weltweit. Sollte es hier keine Fortschritte für mehr Transparenz und gegen unfaire Handelspraktiken vor allem von Seiten Chinas geben, wird es nicht zu einer weiteren Liberalisierung des Welthandels kommen, sondern zur Gegenreaktion der Abschottung und des Protektionismus. Gerade deshalb ist die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kanada ein Meilenstein für mehr Freihandel. Zugleich brauchen wir einen neuen Anlauf für Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Der Trade and Technology Council (TTC) bietet konkretes Potential bestehende Hürden kurzfristig abzubauen. Insbesondere die gegenseitige Anerkennung von Standards ebnet den Weg zu einem Freihandelsabkommen. Wir fordern daher eine zügige Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den MERCOSUR-Staaten Südamerikas und einen neuen Anlauf zu Verhandlungen einer Freihandelszone mit allen ASEAN-Staaten. Darüber hinaus wollen wir die Verhandlungen über ein gemeinsames Freihandelsabkommen mit Indien konsequent voranbringen. Ebenso setzen wir uns für die rasche Verabschiedung der Abkommen mit Chile, Mexiko und Neuseeland, sowie für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen mit Australien, Thailand und Indonesien ein. Wir fordern die EU auf, zeitnah Gespräche zu einem Investitionsabkommen mit Taiwan aufzunehmen, ohne Fortschritte bei dem zurecht auf Eis liegenden Investitionsabkommen mit China (CAI) abzuwarten. Unser langfristiges Ziel muss eine Weltfreihandelszone der Demokratien sein – als Antwort unter anderem auf Chinas Seidenstraßen-Strategie, die eine geopolitische und geoökonomische Herausforderung ist. Unsere Antwort auf den wiederholten Regelbruch durch China und andere Autokratien ist eine engere Handelskooperation mit demokratischen Staaten und eine effektivere Rechtsdurchsetzung. Gemeinsam mit unseren Verbündeten werden wir die regelbasierte Weltwirtschaftsordnung und die Handlungsfähigkeit der WTO stärken, damit Handelsstreitigkeiten von deren Streitschlichtungsmechanismus geklärt werden und nicht in Handelskriegen enden.

9. Cybersicherheit stärken

Im digitalen Zeitalter müssen wir uns besser vor Cyberangriffen und Spionage schützen. Die Fallzahlen im Bereich der Cyberkriminalität und der Cyberangriffe autoritärer Staaten steigen rapide an. Wir wollen daher zügig den Ausbau des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) voranbringen. Dafür wollen wir das BSI aus der Fachaufsicht des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) herauslösen und zu einer unabhängigen Zentralstelle für Cybersicherheit ausbauen. Das erleichtert die Etablierung eines wirksamen Schwachstellenmanagements mit dem Ziel, Sicherheitslücken zu schließen. Kritische Infrastrukturen müssen resilienter werden, beispielsweise indem zusätzliche Redundanzen aufgebaut werden und der Betrieb auch beim Ausfall von Systemen erhalten bleibt. Dazu sollen Betreiber kritischer Infrastrukturen verpflichtet werden, geeignete Incident-Response-Pläne auszuarbeiten. Incident-Response-Pläne sind vorfestgelegte Anweisungen oder Verfahren zur Erkennung, Reaktion und Begrenzung der Folgen von Cyberangriffen. Zur Erfüllung der Pläne dürfen externe Dienstleister herangezogen werden. Außerdem wollen wir die Forschung im Bereich der Cybersicherheit stärken.

Unsere digitale Infrastruktur muss besser geschützt werden. Deshalb sollen Unternehmen wie Huawei, die Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, beim Ausbau der digitalen Infrastruktur wie dem 5G-Netz nicht beteiligt werden. Auch Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Unternehmen sind zu vermeiden. Für bereits eingesetzte Hardware, die den oben genannten Kriterien entspricht, fordern wir eine Fade-Out-Klausel.

Staaten, die systematisch Völkerstraftaten verüben oder deren Politik auf die Erosion des völkerrechtlichen Gewaltverbots gerichtet ist, sollen qua Gesetz auf einer Blacklist geführt werden, damit ihnen Investitionen in kritische Infrastruktur künftig ausnahmslos untersagt sind. Zudem wollen wir das Außenwirtschaftsrecht verschärfen, um kritische Infrastruktur wirksam vor dem Zugriff autoritärer Regime zu schützen. Investitionen in kritische Infrastruktur sollen künftig der aktiven Zustimmung der Bundesregierung bedürfen. Der Begriff der kritischen Infrastruktur im BSI-Gesetz muss ausgeweitet werden. Unter kritischer Infrastruktur ist alles zu fassen, das geeignet ist, unter Kontrolle einer fremden Macht, insbesondere im Kriegs- oder Konfliktfall, die Sicherheit, den Wohlstand oder die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu beeinträchtigen.

10. Staatliche Handlungsfähigkeit durch De-Risking sichern

Die Globalisierung hat Deutschland viel Wohlstand beschert. Sie ist zu einer Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen Erfolg geworden. Die wirtschaftliche Verflechtung demokratischer Staaten stärkt die bilateralen Beziehungen und zwischenmenschlichen Bande. Doch für autoritäre Regime können wirtschaftliche Abhängigkeiten zur Waffe werden. Dies hat uns Putins gescheiterter Energiekrieg gegen die EU gezeigt. Wir wollen, dass Deutschland so ein Szenario mit Blick auf die Volksrepublik China vermeiden kann. Dass unser Ziel nicht in einer Entkopplung von China oder Autarkie liegt, versteht sich dabei von selbst. Beides ist wirtschaftlich nicht sinnvoll und sicherheitspolitisch nicht

erforderlich. Ziel muss stattdessen sein, die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas im Ernstfall abzusichern. Dazu wollen wir bestehende Abhängigkeiten konsequent erfassen und abbauen. Hierzu müssen wir zügig einen Stresstest durchführen und in Zukunft regelmäßig wiederholen. Dies soll von einer unabhängigen Behörde nach dem Vorbild des Bundeskartellamts vorgenommen werden. Die Behörde soll Risiken identifizieren, die durch systematische Abhängigkeiten von systemischen Unternehmen entstehen, beispielsweise im Bereich der Lieferketten oder geopolitischer Marktrisiken. Gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen behandelt die Behörde dann die Risiken, um Bailouts auf Steuerzahlerkosten und gesamtwirtschaftliche Abhängigkeiten zu vermeiden.

III. Das Aufstiegsversprechen mit neuem Leben füllen – Entfesselung der Leistungsbereitschaft jeder und jedes Einzelnen zum Wohle aller

Wir Freie Demokraten wollen das Aufstiegsversprechen mit neuem Leben füllen. Denn nur wenn jedem Einzelnen beste Bildungschancen zuteilwerden, wenn sich Einsatzbereitschaft und Leistung lohnen und wenn wir mutige Gründerinnen und Gründer unterstützen, sind Fortschritt und Wohlstand in unserem Land auch in Zukunft möglich.

1. Beste Bildungschancen für alle

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft jedes Einzelnen. Denn Bildung schafft die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leider hängen Bildungschancen immer noch stark von der sozialen Herkunft ab. Das wollen wir ändern. Wir investieren pro Jahr eine Bildungsmilliarde in die Zukunftschancen der jungen Generation. Mit dem Startchancen-Programm wollen wir Schulen in schwierigen sozialen Lagen zielgerichtet stärken – sowohl baulich und hinsichtlich der Infrastruktur als auch durch ein Chancenbudget, welches die einzelnen Schulen autonom verausgaben dürfen. Denn die Schulgemeinden vor Ort wissen am besten, was benötigt wird. Wir müssen weiterhin die Klassenzimmer endlich vollumfänglich in die digitale Welt bringen, statt durch Bedenken bei innovativen Lernmöglichkeiten zu bremsen. Für das individuelle Lernen müssen wir auch die Chancen von KI-Anwendungen nutzen. Denn digitale Bildungsangebote tragen zu verbesserten individuellen Lernerfolgen und zu einer gezielten Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers bei. Lehrkräfte müssen entsprechende Fortbildungsangebote für den Umgang mit digitalen Anwendungen in der Schule erhalten. Deshalb streben wir einen Digitalpakt 2.0 an.

2. Wir brauchen mehr Eigentümerinnen und Eigentümer in Deutschland, nicht weniger

Die faire Chance auf Vermögensbildung ist für uns ein zentraler Gradmesser für die Fairness in einer Gesellschaft. Eigentumsrecht und Vermögensbildung sind zwei Seiten derselben Medaille. Während in Deutschland zwar viel gespart wird, ist Vermögensbildung für viele Bürgerinnen und Bürger nicht immer gut und einfach möglich. So verlieren viele Menschen beim Sparen sogar Geld. Vorrangig müssen wir an der Stärkung der Aktienkultur in Deutschland arbeiten.

Wertpapierbesitz ist der sicherste Weg, um langfristig wirklich Vermögen aufzubauen. Der richtige Umgang mit Geld und auch mit Aktien muss zur Allgemeinbildung gehören. Mit der Nationalen Strategie für Finanzbildung müssen wir uns ehrgeizige Ziele setzen und nicht lockerlassen, bis es in Deutschland zum normalen Bildungsweg für jede und jeden gehört, in der Schule finanzielle Grundkompetenzen vermittelt zu bekommen, die letztlich nichts anderes sind als essentielle Voraussetzungen für Wohlstand und Vermögensaufbau.

Deshalb sollte für Kleinsparer, die in Wertpapiere anlegen, nach einer Spekulationsfrist Steuerfreiheit bei Veräußerungsgewinnen gelten. Ebenso nötig ist die Erhöhung des Sparerpauschbetrags für Dividendeneinkommen. Um den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum zu erleichtern, wollen wir eine flexiblere Gestaltung der Grunderwerbsteuer ermöglichen. Die Bundesländer sollten mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei der Grunderwerbsteuer erhalten und für den Erwerb von Wohneigentum den Steuersatz sogar auf null reduzieren können. Gerade für Familien sollte der Erwerb von Wohneigentum erleichtert werden, indem die erste selbstgenutzte Immobilie bis zu einem Wert von 500.000 Euro von der Grunderwerbsteuer befreit wird. Ferner wollen wir die einseitige Fixierung der EU-Immobilienkredite-Richtlinie auf das Alter der Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer überarbeiten, um auch sogenannten „Best Ager“ Wohneigentumserwerb und Wohneigentumssanierung zu ermöglichen. Eine versuchte Institutionalisierung schwerwiegender Eingriffe in Eigentumsrechte, wie sie etwa CDU und SPD bei ihren Koalitionsverhandlungen in Berlin mit einem Enteignungsrahmengesetz anstreben, würde zu sinkendem Vertrauen in den Standort Deutschland, zu weniger Eigentum und zu weniger Wohlstand führen.

3. Ein zukunftsweisendes Gebäudeenergiegesetz ist effizient, unbürokratisch, technologieoffen und überfordert Menschen nicht

Das Gebäudeenergiegesetz bedarf großer Änderungen, um mit den Zielen und Werten der Freien Demokraten in Einklang gebracht zu werden. Der Staat soll den Menschen in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, doch das Gebäudeenergiegesetz greift tief in die freie Entscheidung der Menschen ein. Klimaschutz soll technologieoffen betrieben werden, sich finanziell lohnen und darf nicht zu einer Enteignung von Eigentümern und Mietern durch die Hintertür führen. Das gebietet schon der Respekt vor der Lebensleistung vieler Menschen, die Jahre und Jahrzehnte für ihr Wohneigentum gearbeitet haben oder noch arbeiten. Der Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger nicht finanziell überfordern und nicht zu Bittstellern machen, die in drohenden Überforderungssituationen von Ausnahmeregelungen des Staates abhängig sind. Weil wir die Menschen, die Verantwortung übernehmen und sich etwas aufbauen, in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, werden wir dieses Gesetz auf Bezahlbarkeit, Praxistauglichkeit und Technologieoffenheit hin trimmen.

Ein gutes Gebäudeenergiegesetz stellt die erzielte Einsparung in den Vordergrund und nicht irgendwelche Quoten. Niemand darf zwangsweise mit Kosten belastet werden, die unverhältnismäßig hoch sind. Ein gutes Gebäudeenergiegesetz nutzt und verbessert die bestehenden, leitungsgebundenen Gasnetze, anstatt sie auszutrocknen. Ein gutes Gebäudeenergiegesetz setzt kluge, individuelle Anreize

zum effizienten Handeln und Entscheiden, etwa über die Einbindung des Gebäudesektors in den Emissionshandel. Damit regelt es übergeordnet, anstatt Bürger und Unternehmen mit bürokratischen Details zu belasten.

4. Ein smarter und gerechter Sozialstaat

Durch das Bürgergeld haben wir mehr Leistungsgerechtigkeit und Fairness im Sozialsystem geschaffen. Bessere Hinzuverdienstregeln für Erwachsene und vor allem Jugendliche sorgen endlich für mehr Fairness für diejenigen, die mit eigener Arbeit aufsteigen wollen. Damit haben wir den Einstieg in das liberale Bürgergeld erreicht, den wir seit Jahren gefordert haben. Diesen Weg müssen wir weitergehen und in einem zweiten Schritt noch mehr Leistungen zusammenfassen, Anreize zur Erwerbstätigkeit weiter steigern und durch konsequente Digitalisierung für echten Bürokratieabbau sorgen. Die zentrale Frage für einen generationenfesten Sozialstaat ist die Rentenpolitik. Auch hier brauchen wir eine echte Zeitenwende. Um die Rente fit für die Zukunft zu machen, wollen wir mit dem Generationenkapital in die Teilkapitaldeckung der gesetzlichen Rente einsteigen. Der Staat soll einen Kapitalstock bilden, um aus dessen Erträgen ab Mitte der 2030er Jahre den Anstieg der Bundeszuschüsse zu dämpfen und die Rentenbeiträge zu stabilisieren. Indem das Generationenkapital international breit gestreut angelegt wird, soll dieser Finanzierungsbaustein als Aktienrente – anders als das Umlagesystem – von der demografischen Entwicklung in Deutschland unabhängig werden. Unser Ziel ist, dem schwedischen Vorbild mit individuellen Beiträgen und Ansprüchen innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung so bald wie möglich so nahe wie möglich zu kommen. Auch beim Renteneintrittsalter wollen wir Schweden zum Vorbild nehmen und mehr Flexibilität ermöglichen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass in der Rentenformel alle Parameter nachweislich auch langfristig finanzierbar sind. Hier müssen wir in Jahrzehnten denken und rechnen.

4. Fachkräfte der Zukunft gewinnen

Der Fach- und Arbeitskräftemangel stellt viele Unternehmen schon heute vor große Herausforderungen. Der Wirtschaft fehlen hunderttausende Arbeitskräfte. Wir Freie Demokraten wollen deshalb eine Fach- und Arbeitskräfteoffensive starten. Das Fachkräftepotential, das wir in Deutschland haben, müssen wir besser nutzen. Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master - das gilt in allen möglichen Fragen seiner Anerkennung und Bewertung. Mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung werden wir Ausbildungsberufe attraktiver machen. Dazu gehören eine bessere individuelle Chancenförderung für Talente, die Unterstützung innovativer Berufsbildungsangebote und die Ausweitung der internationalen Ausrichtung. Darüber hinaus wollen wir die MINT-Berufe stärken. Entscheidend ist, dass wir vor allem mehr Mädchen und Frauen für dieses wichtige Berufsfeld gewinnen. Insgesamt wollen wir die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen, beispielsweise durch flächendeckende Angebote für flexible Kinderbetreuung. Auch auf die Erfahrungen und Kompetenzen Älterer über den Eintritt in den Ruhestand hinaus wollen wir nicht verzichten. Hierbei befürworten wir gezielte Personalplanungen für altersgerechtes Arbeiten. Darüber hinaus braucht Deutschland im Sinne eines Talentpools endlich ein modernes Einwanderungsrecht, das qualifizierten

Arbeitskräften insbesondere durch die Einführung eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild den Zugang zu unserem Arbeitsmarkt erleichtert. Nach niederländischem Vorbild wollen wir im Rahmen des Punktesystems auch ein einjähriges Orientierungsvisum für die Absolventinnen und Absolventen der weltweit besten 200 Universitäten einführen.

Wir brauchen mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme.

5. Deutschland zur Gründer- und Start-up-Nation machen

Deutschland hat im Vergleich zu anderen innovativen Ländern nur eine geringe Gründerquote und zu wenig Gründerinnen. Das liegt an zu viel Bürokratie und dem schwierigen Zugang zu Chancenkapital. Mit innovativen Ideen und Geschäftsmodellen können junge Unternehmen und Start-ups aber einen wichtigen Beitrag zu unserer Wirtschaftskraft leisten. Unternehmensgründungen müssen daher vollständig digital und innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz erleichtern wir außerdem den Zugang zu Wagniskapital für Unternehmen. Zusätzlich stärken wir die Mitarbeiterkapitalbeteiligung, auch um im Wettbewerb um Talente weltweit attraktiver zu sein. Mit der „European Tech Champions Initiative“ (ETCI) sind wir zudem einen wichtigen Schritt zur stärkeren Förderung europäischer Technologie-Start-ups gegangen. Außerdem wollen wir den Transfer aus unserem Wissenschaftssystem in Form von Ausgründungen stärken. Unser Ziel ist es, innovative Ideen aus der Forschung schneller in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umzusetzen.